

# »Kommunisten leben nur in Halblegalität«

Vor 50 Jahren wurde »Radikalenerlass« beschlossen. Damoklesschwert der Berufsverbote schwebt bis heute über allen Linken. **Ein Gespräch mit Patrik Köbele**

**A**m 28. Januar 1972 führte eine Ministerpräsidentenkonferenz auf Initiative von Bundeskanzler Willy Brandt, SPD, mit dem »Radikalenerlass« die Verfassungsschutzüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und die Praxis der Berufsverbote ein. Was bedeutete das für die DKP, deren Mitglieder und Sympathisanten ja im besonderen Maße betroffen waren?

Das war schon eine sehr drastische Maßnahme im Rahmen der in unserem Land immer wiederkehrenden Kommunistenverfolgung. Etwas mehr als dreieinhalb Jahre, nachdem wir nach dem verfassungswidrigen KPD-Verbot unsere Legalität zurückgewonnen hatten, wurden wir nun erneut offiziell staatlich verfolgt. Unsere Mitglieder konnten wieder bespitzelt und ausgehorcht werden. Und zumindest im öffentlichen Dienst wurde ihnen ihre berufliche Existenz genommen. Damit wurde signalisiert: Kommunisten leben in der Bundesrepublik nur in einer Halblegalität. Ich komme ja selbst nicht aus einem kommunistischen Elternhaus, und als ich mich als Jugendlicher der SDAJ und DKP angeschlossen hatte, stand da bei meiner Familie die Frage im Raum: Was machst du denn, wenn sie euch jetzt wieder ganz verbieten?

**War denn die DKP für den Staat so gefährlich, dass ihre Mitglieder nicht einmal als Briefträger arbeiten durften?**

Wir waren damals natürlich nicht in einer Situation, in der die Herrschenden aufgrund unserer Existenz eine soziale Revolution befürchtet haben. Doch in den 70er Jahren waren es ja im Gefolge der 68er en vogue, links zu sein. Und das wollte man schon im Keim ersticken. Es sollte schon deutlich gemacht werden: Passt auf! Den Kommunisten gehen wir an den Kragen und allem, was in diese Richtung geht. Der »Radikalenerlass« zielte also auf weitaus mehr als nur die direkt Betroffenen. Er sollte das gesellschaftliche Klima verändern. Und das hat er auch geschafft.

**Was bedeutete es für die Betroffenen konkret, wenn sie ihrem Beruf nicht mehr nachgehen durften?**

Das hieß für viele, dass sie etwa als Lehrer, Postboten oder

Lokomotivführer gar keinen Beruf mehr hatten, denn Post und Bundesbahn waren ja damals noch völlig in staatlicher Hand. Und es gab höchstens im Bildungsbereich noch private Geschichten. Da war deine Ausbildung plötzlich völlig unnütz, du konntest in deinem erlernten Beruf nichts mehr machen. Im Bildungsbereich hieß es manchmal, na gut, wir nehmen dich als Angestellten, aber nicht als Beamten. Das hatte dann entsprechende finanzielle Nachteile. Und auch während der Zeit der prozessualen Auseinandersetzung waren die Betroffenen ja nicht in Lohn und Brot. Das ist ein bis heute bei der Rentennachwirkendes Unrecht, das nie ausgeglichen worden ist.



Patrik Köbele trat 1978 in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ein und ist seit 2013 ihr Vorsitzender

**Nach 1990 gab es ja eine neue Welle von Berufsverboten gegen Zehntausende Ostdeutsche, denen »Staatsnähe« zur DDR vorgeworfen wurde. Sehen Sie hier eine Kontinuitätslinie?**

Absolut. Mit dem sogenannten Radikalenerlass hat man in der alten Bundesrepublik diejenigen verfolgt, die über eine sozialistische Alternative nachdachten und für sie kämpften. Und im Gefolge der Annexion hat man all diejenigen verfolgt, die in der DDR an einer sozialistischen Alternative mitgebaut haben. Das Damoklesschwert der Berufsverbote schwebt bis heute genauso über allen Linken wie das immer noch fortgeltende KPD-Verbot.

**Im Ampelkoalitionsvertrag wurden Maßnahmen gegen »Extremisten« im Staatsapparat vereinbart. Droht hier unter dem Vorwand, gegen Faschisten in Bundeswehr und Polizei vorzugehen, eine Stärkung des Verfassungsschutzes und womöglich eine Neuaufgabe des »Radikalenerlasses«?**

Ausschließen möchte ich das nicht. Und offensichtlich gibt es jetzt Überlegungen in einigen Bundesländern, die Regelanfrage an den Verfassungsschutz wieder einzuführen. Dabei hat sich der Verfassungsschutz über die ganze Geschichte der Bundesrepublik als Ziehvater von Faschisten entpuppt. Mit diesem Geheimdienst wird es immer nur die Verfolgung von Linken geben. Alles andere ist nur ein Feigenblättchen. Unsere ganz zentrale Forderung ist darum die Auflösung des Verfassungsschutzes.

**Interview: Nick Brauns**